



Beginn Detailberatung des CO₂-Gesetzes, Umweltkommission des Ständerates: Vorinformation des Vereins Klima-Initiative

Chur, 6. September 2010

Aktive Klimapolitik wichtiger denn je

Die TrägerInnen der Klima-Initiative sind überzeugt: Ein glaubwürdiges CO₂-Gesetz mit griffigen Zielen und kohärenten Massnahmen ist nötiger denn je und realisierbar. Die vom Nationalrat vorgeschlagenen Massnahmen genügen dazu nicht.

Die Debatte geht heute, den 6. September 2010, in der ständerätlichen Umweltkommission (UREK-S) in die entscheidende Phase. Das revidierte CO₂-Gesetz soll nach dem Willen von Bundesrat und Parlament zum indirekten Gegenvorschlag zur Klima-Initiative werden. Die Klima-Initiative verlangt bis 2020 eine mindestens 30%-ige Reduktion der Treibhausgasemissionen im Inland (Referenzjahr 1990).

Seit der Einreichung der Klima-Initiative im Februar 2008 wurde aktiver Klimaschutz noch wichtiger. Einerseits stiegen seither die Ölpreise nochmals an. Die Preis-Höchststände im Jahre 2008 kosteten die Schweizer Volkswirtschaft mehrere Milliarden Franken. Andererseits prophezeien uns die MeteorologInnen, dass 2010 das weltweit wärmste Jahr seit Messbeginn werden wird.

Über 130 Länder – darunter auch die Schweiz – haben sich zum Ziel gesetzt, die weltweite Erwärmung auf unter 2 Grad zu beschränken. Das bedeutet, dass Industrieländer wie die Schweiz ihre Emissionen um 40% von 1990 bis 2020 reduzieren müssten, wie dies Länder wie Deutschland bereits beschlossen haben und andere Länder wie Schweden, Norwegen oder England tun wollen, falls eine internationale Vereinbarung im Klimaschutz zu Stande kommt. Der globale Wille, den Verbrauch an fossilen Energien mittelfristig stark einzuschränken, eröffnet neue Märkte im Bereich sauberer Technologien, schafft Arbeitsplätze und verringert die Auslandabhängigkeit. Aktive Klimapolitik wird damit auch zur aktiven Wirtschaftspolitik.

Das Reduktionsziel von minus 30% der Klima-Initiative kann als moderat und typisch schweizerischer Kompromiss bezeichnet werden und ist deshalb mehrheitsfähig.

Die UREK des Ständerates bzw. der Ständerat haben es in den Händen, die Vorlage des Nationalrates nachzubessern. Hierzu erwarten die InitiantInnen die nötige Weitsicht von der Umweltkommission. **Der Klimakompromiss liegt in Griffnähe der Kommission.**

Für weitere Auskünfte: Patrick Hofstetter, Präsident Verein Klima-Initiative, 076 305 67 37; Miriam Behrens, Vize-Präsidentin, 079 750 48 77; Benjamin Leroy-Beaulieu, Vorstand, 078 606 23 65 (französischsprachige Medien); Elena Strozzi, 079 555 33 79 (italienischsprachige Medien).